

Antrag des Synodalen Hotop – Konziliarer Prozess und Globalisierung

Die Landessynode möge beschließen:

Die Landessynode möge beschließen, sich während ihrer Herbstsynode 2010 des Themas „Konziliarer Prozess und Globalisierung“ anzunehmen und sich intensiv mit den verschiedenen Aspekten ihres Engagements für Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung zu beschäftigen.

Dabei nimmt sie die Friedenskonvokation 2011 in Jamaika, als dem Abschluss der Dekade zur Überwindung von Gewalt, zum Anlass, ihre bisherigen Positionierungen zu den Fragen der Ökumenischen Versammlungen mit den aktuellen Herausforderungen in Bezug zu bringen.

Der Landeskirchenrat und das Landeskirchenamt werden gebeten, diese Schwerpunktsynode vorzubereiten und dabei Christen, Gemeinden und Gruppen der EKM, die sich diesem Thema verpflichtet fühlen, einzubeziehen.

Begründung

Probleme, wie gerechte Nutzung der Energie- und Rohstoffressourcen, Weltwirtschaftskrise, Folgen des Klimawandels, Vermehrung der Gewalt durch militärische Interventionen, die uns auch und gerade im Jahr 2009 umtreiben, machen deutlich, dass die Grundfragen nach Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfungsbewahrung im Zusammenhang von Wirtschaft und struktureller Ungerechtigkeit neu bedacht werden müssen.

Ein Themenschwerpunkt „Konziliarer Prozess und Globalisierung“ auf der Tagung der Herbstsynode 2010 ermöglicht es, sich der bisherigen Synodenbeschlüsse beider Landeskirchen zu vergewissern, neue orientierende Texte kirchlicher Gremien aufzunehmen, sie hinsichtlich der Handlungsoptionen für uns zu bedenken und die Stimmen der weltweiten Ökumene verstärkt zu hören.

Durch das Wahr- und Ernstnehmen der Positionen der Kirchen aus dem Süden nimmt die EKM teil am fortlaufenden Prozess der Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens innerhalb der Ökumene. Die intensive Auseinandersetzung mit den Fragen der Globalisierung und weltweiten Krisenentwicklung während einer Tagung der Landessynode macht deutlich, dass aus dem Evangelium Jesu Christi heraus immer wieder neu nach Antworten auf die aktuell gestellten Herausforderungen und ihren Auswirkungen auf das Leben von Menschen und Mitwelt gesucht werden soll.

Als inhaltliche Schwerpunkte schlagen wir vor:

- Wirtschaft und Globalisierung – Option für eine lebensdienliche Wirtschaftsweise,
- neue Armut, ihre Ursachen und Möglichkeiten zur Überwindung,
- neue Kriege und neue Formen der Kriegsdienstverweigerung,
- Gefährdung und Bewahrung der Umwelt .

Die Christen, Gemeinden und Gruppen der EKM, die diese Themen seit vielen Jahren in ihre Arbeit einbeziehen, sollten in geeigneter Weise an der Vorbereitung der Synode beteiligt werden und ermuntert werden, sich einzubringen.

Anhang:

eine Auswahl von Texten, auf die im Synodenantrag Bezug genommen wird

Zu den Synodenbeschlüssen, die eine aktuelle Behandlung fordern gehören u.a.:

- der Beschluss der X. Landessynode der ELKTh vom Herbst 2002 zur Seelsorge an Soldaten, in dem es heißt: „Die Synode sieht darüber hinaus die unbedingte Notwendigkeit in Synode und Gemeinden die friedensethische Diskussion neu aufzunehmen und damit die weiteren Beziehungen zwischen Kirche und Bundeswehr kritisch zu begleiten und möglichen Fehlentwicklungen entgegen zu wirken.“
- der Beschluss der IX. Landessynode der ELKTh vom Frühjahr 2002 zum Thema Friedensethik, in dem es u.a. heißt: „Unter den gewandelten Bedingungen der Weltpolitik bedarf es des erneuten Nachdenkens über die Umsetzung dieser vorrangigen Optionen in die Praxis als Christen und Staatsbürger.“ und „Die Relation zwischen den Ausgaben für Entwicklungshilfe und den Militärhaushalt ist unerträglich. Sie muss deutlich zugunsten tragfähiger wirtschaftlicher Strukturen in den Entwicklungsländern korrigiert werden.“ und auch „Vorrangiges Ziel jeder Politik muss die friedliche Beilegung von Konflikten und der nichtmilitärische Ausgleich verschiedener Interessen sein. Dazu gehört die nachhaltige Bemühung um gerechtere wirtschaftliche Verhältnisse und stabile ökonomische wie politische Entwicklungen gerade auch außerhalb der Industrieländer.“
- der Beschluss der XIII. Synode der Kirchenprovinz Sachsen vom 18.11.2001 zu den Terroranschlägen am 11.9. und dem Krieg in Afghanistan, der u.a. folgende Passagen enthält: „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein. Wenn er dennoch als letzte Möglichkeit (ultima ratio) geführt wird, so muss es stets das unbedingte Bemühen geben, die kriegerischen Handlungen so schnell wie möglich auch wieder einzustellen....In Afghanistan ist jede Chance zu nutzen, um auf ein ziviles friedenspolitisches Handeln umzusteigen. ...Wer Frieden will, muss Gerechtigkeit schaffen. Dazu gehört, die Globalisierung kritisch zu begleiten und insbesondere auf gerechte Wirtschaftsstrukturen hinzuwirken...“
- der Beschluss der XIV. Synode der Kirchenprovinz Sachsen vom 18.11.2006, in dem es heißt: „Mit großer Sorge verfolgt die Synode die Nachrichten über die zunehmende Teilnahme deutscher Soldaten an weltweiten militärischen Auseinandersetzungen. ...und betont den Vorrang der zivilen Krisenprävention und den Ausbau ziviler Instrumente auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zur Krisenbewältigung. ...bittet die Föderationskirchenleitung, sich konkret mit der Frage zu befassen, wie der friedensethische Beitrag von Christen und Kirche zukünftig aussehen kann und muss. ...Vorschläge, ...wie sich unsere Kirche wirksam am gesellschaftlichen Diskurs zu Friedens- und Sicherheitsfragen beteiligen kann.“
- der Beschluss der Föderationssynode vom 17.3.2007 „Krieg darf nach Gottes Willen nicht sein“. Dort wird gesagt: „Die Föderationssynode teilt die Sorge vieler Menschen in unserem Land über die zunehmende Teilnahme deutscher Soldaten an weltweiten militärischen Einsätzen insbesondere bei kriegerischen Konflikten und befürchtet eine Eskalation der Gewalt in der Weltpolitik. Die Föderationssynode befürchtet, dass mit der Entscheidung des Deutschen Bundestages, Tornados in Verbindung mit Einsätzen der NATO-Truppen in den Süden Afghanistans zu entsenden, die Militarisierung des Konflikts befördert wird. Die Synode der Föderation Evangelischer Kirchen in Mitteldeutschland fordert die Bundesregierung auf, die Einsätze deutscher Soldaten in Afghanistan schnellst möglich zu beenden und stattdessen die zivile Konfliktlösung und den Wiederaufbau des Landes und die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen zu verstärken.“

Bei den Stimmen aus der Ökumene sei hier beispielhaft an den Brief aus Soesterberg erinnert, der als Ergebnis einer ökumenischen Konsultation von ÖRK, LWB und RWB im Juni 2002 an die Kirchen in Westeuropa geschrieben wurde. Darin heißt es u.a.:

- „Kirchen, die an dem ökumenischen Prozess teilgenommen haben, bekräftigen, dass die Ideologie des Neoliberalismus unvereinbar ist mit der Vision der *oikoumene*, der Einheit der Kirche und der ganzen bewohnten Erde. Weitreichende und wachsende Ungerechtigkeit, Ausschluss und Zerstörung sind der Gegensatz zum Teilen und zur Solidarität, die unabdingbar dazugehören, wenn wir Leib Christi sein wollen. Was hier auf dem Spiel steht, ist die Qualität kirchlicher Gemeinschaft, die Zukunft des Gemeinwohls der Gesellschaft sowie die Glaubwürdigkeit des Bekenntnisses der Kirchen und ihrer Verkündigung Gottes, der mit den Armen und für die Armen da ist.“

Der Zentralausschuss des ÖRK hat auf seiner Tagung vom 26.8. – 2.9.2009 in Genf „die Kirchen ermutigt, sich mit der Frage von Steuergeldern für militärische Ausgaben oder Krieg sowie mit Alternativen zum Militärdienst auseinanderzusetzen.

Auf die Arbeitsmappe der EKM „Kirche und Globalisierung – Wirtschaften im Dienst des Lebens“ (2007), die Analysen und Bewertungen der gegenwärtigen Globalisierung enthält und Handlungsoptionen benennt, sollte ebenso Bezug genommen werden, wie auf das Wort des Rates der EKD zur globalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise aus dem Jahr 2009.

Dieser Antrag wurde erarbeitet bei einem Treffen der kirchlichen Friedensgruppen in Hausen am 4. und 5. September 2009. Dieser Antrag wird von allen Teilnehmern unterzeichnet. Im Auftrag der Teilnehmer stelle ich den Antrag an die Landessynode.

Susanne Bürger, Magdeburg – Frauen in Schwarz
Gerlinde Rambow, Weimar – Steuern zu Pflugscharen
Reinhard Hotop, Schleusingen – Landessynode
Andreas Ilse, Tauhardt, - Arbeit mit Zivildienstleistenden
Eberhard Bürger, Arendsee – Versöhnungsbund
Bernd Luge, Magdeburg – Offene Heide
Uwe Karsten + Jörg Müller – gewaltlos leben
Rainer von Sivers, Halle – Friedenskreis Halle
Joris Spindler, Magdeburg – Friedenstafel
Michael Strauß, Jena - AK „Zukunftsfähige Gesellschaft“
Bernd Winkelmann, Adelsborn – Koordinationskreis kirchl. Basisgruppen
Wolfgang Geffe, Beauftragter für Friedensarbeit der EKM